Unternehmen in der Hauptstadtregion verlangen Vorrang für den Wirtschaftsverkehr

05.07.17 | Berlin

Unternehmen in der Hauptstadtregion verlangen Vorrang für den Wirtschaftsverkehr

Amsinck: „Brauchen mehr Infrastruktur, Investitionen und Innovationen“
Wunschel: „Verkehrslenkung muss weiterhin optimiert werden“
Bretschneider: „Fahrverbote für junge Diesel-Fahrzeuge kämen Enteignung nahe“

Die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg hat die Politik aufgefordert, in der Verkehrspolitik den Belangen der Unternehmen Vorrang einzuräumen. „Die Unternehmen können nur für Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze sorgen, wenn sie ihre Kunden schnell und zuverlässig erreichen und die Logistik funktioniert. Das wird aber in Berlin zunehmend zum Problem. Deshalb brauchen wir mehr Infrastruktur, Investitionen und Innovationen“, sagte **Christian Amsinck, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB)**, am Mittwoch in Berlin.

Er verlangte ein abgestimmtes Gesamtkonzept für den Verkehr in der Hauptstadt, das der dynamischen Entwicklung gerecht werde. „Die Lebensadern Berlins müssen leistungsfähiger werden, weil das Bedürfnis nach Mobilität zunimmt. Investitionen und Erweiterungen aufzuschieben bedeutet, ein Tempolimit für das Wachstum zu verhängen“, erklärte Amsinck weiter. Es sei von der Politik zu kurz gedacht, zunächst nur ein Gesetz für den Radverkehr zu verabschieden und erst dann das Gesamtsystem in den Blick zu nehmen. „Wir müssen jeden Verkehrsträger individuell stärken. Nur dann gibt es weniger Staus oder überfüllte Busse und Bahnen. Ein besserer Verkehrsfluss senkt

auch die Emissionen.“

Amsinck verwies auf ein neues Gutachten, das die Beratungsgesellschaft regionconsult im Auftrag der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg erstellt hat. Darin raten die Fachleute, neben dem Ausbau der Kapazitäten intensiver neue Mobilitätstechnologien einzusetzen und die Elektromobilität zu stärken. Auch City-Logistik-Hubs mit angeschlossenen Fahrdiensten für den innerstädtischen Warenverkehr seien eine Chance.

Zudem müsse die Verknüpfung von Auto, Fahrrad und öffentlichem Verkehr besser werden, etwa durch mehr Park-and-Ride-Plätze am Stadtrand, heißt es in der Expertise. „Bei jedem Verkehrskonzept muss es darum gehen, für Berlin und das Umland zusammen zu planen. Wir brauchen bessere Lösungen für den stark wachsenden Pendlerverkehr“, ergänzte Amsinck.

Auch der Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg verlangte, das Thema ganzheitlich anzugehen. „Die Attraktivität Berlins muss von mehreren Seiten aus gedacht werden. In puncto Verkehr darf nicht nur an einer Stellschraube gedreht werden. Berlin hat viele Baustellen“, sagte **Axel Wunschel, der Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbands Berlin-Brandenburg**. „Es muss weiterhin daran gearbeitet werden, die Verkehrslenkung Berlin zu optimieren, den Sanierungsstau ernsthaft abzuarbeiten und sich durch Investitionen in neue Projekte fit für die Zukunft zu machen.“

Die Unternehmen der Verkehrsbranche wandten sich insbesondere gegen Beschränkungen für ihre Fahrzeuge. „Die augenblickliche undifferenzierte Kritik am Dieselmotor in der öffentlichen Debatte darf nicht fortgeführt werden. Bloßes Verhängen von Fahrverboten verkennt die Komplexität der Thematik“, sagte **Gerd Bretschneider, Geschäftsführer der Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg.** „Der Dieselantrieb im schweren Nutzfahrzeug- und im Reisebus-Segment wird in den nächsten Jahren nicht ohne weiteres ersetzbar sein. Zudem benötigen die Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit. Fahrverbote für Fahrzeuge, die gerade einmal zwei bis drei Jahre alt sind, wären unverhältnismäßig und kämen schon einer Enteignung nahe.“

Dem Senat bot die Wirtschaft ihre Unterstützung bei der Arbeit am Verkehr der Zukunft an. „Es gilt, ein dickes Brett zu bohren, damit Berlin weiter funktioniert“, resümierte UVB-Hauptgeschäftsführer Amsinck. „Hier bieten wir unsere Mitarbeit und unsere Erfahrung an.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb.

Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Download Gutachten

Mobilität in der wachsenden Stadt

Herausforderungen und Lösungsansätze

Download (PDF 528 KB)

Ihre Ansprechpartner zum Thema Mobilität

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:
+49 30 31005-240

E-Mail:
Weickert [at] uvb-online.de

Download VCF

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Rhein [at] uvb-online.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF